

## Wachsender Widerstand gegen Eintrittsgeld für Pillnitz

**Der Countdown läuft. Ab kommenden Montag müssen Gäste im Schlosspark Pillnitz Eintritt zahlen. Viele Bürger sind aufgebracht. Sie halten den Regierenden auch vor, die Basisdemokratie der Wendezeit vergessen zu haben.**

**Dresden.** Der Widerstand gegen das Eintrittsgeld für den Dresdner Schlosspark Pillnitz wächst. Bürgerinitiativen übergaben am Donnerstag eine weitere Petition gegen das Vorhaben. Am kommenden Montag ist die Zeit kostenloser Spaziergänge im Park Geschichte. Der umstrittene Eintritt war im Januar von der Schlösserverwaltung des Landes beschlossen worden. Bisher wurden mehr als 14.000 Unterschriften dagegen gesammelt. Sie stammen nicht nur aus Dresden. Über soziale Netzwerke im Internet regte sich sogar auf den Bahamas, in den USA oder Australien Widerstand.

Schloss Pillnitz und der Park gehören zu den beliebtesten Attraktionen Dresdens. Die barocke Anlage dient auch für Konzerte und Feste. Ab Montag sind 2 Euro Eintritt fällig.

### Gauck als Kronzeuge angeführt

Viele Bürger sind empört. Auch nach der Übergabe der Unterschriften am Donnerstag an Landtagspräsident Matthias Röbler und den Chef des parlamentarischen Petitionsausschusses, Tino Günther, kochten im Landtag Emotionen hoch. Die Bürgerinitiative „Freier Zutritt in den Pillnitzer Park“ führte den neuen Bundespräsidenten Joachim Gauck als Kronzeugen an. Er habe neben den Parteien die Bürgergesellschaft als zweite Säule der demokratischen Gesellschaft genannt. Nur im Miteinander seien die Probleme der Zeit lösbar.

„Wir dagegen erleben gegenwärtig Ignoranz der Verantwortlichen in der Landesregierung“, sagte eine Sprecherin der Initiative. Sowohl Regierungschef Stanislaw Tillich noch Finanzminister Georg Unland (beide CDU) seien zum Gespräch bereit.

Christian Decker, Mitglied der Bürgerinitiative, warf Röbler im Anschluss vor, das Vertrauen in die Basisdemokratie verloren zu haben. Es müsse doch möglich sein, einmal innezuhalten und ein Thema auszudiskutieren. Stattdessen werde das Problem ausgesessen. Decker hatte wenig Hoffnung, dass sich unter der schwarz-gelben Koalition bis 2014 noch etwas an dem Votum zu Pillnitz ändert. Zugleich verwies er darauf, dass auch andere politische Entscheidungen nicht von Dauer waren. „1989 ist eine sehr stabile Mauer gefallen“, sagte er.

Ein Rückbau der Maßnahmen in Pillnitz sei leicht zu bewerkstelligen. Der Bürgerinitiative geht es nach eigenem Bekunden gar nicht um das Geld. Mit dem Eintritt würden aber sieben von bisher neun Ein- und Ausgängen geschlossen, was einen Zugang zum Park erschwere, hieß es.

Die Schlösserverwaltung hatte den Eintritt mit wachsenden Aufwendungen für die Pflege der Anlagen begründet. Der zusätzliche Bedarf wurde auf eine halbe Million Euro beziffert. Der Freistaat rechnet im ersten Jahr mit etwa einer Million Euro Einnahmen. Die Bürgerinitiativen schlagen vor, die Parkgebühren für Autos und Busse zu erhöhen. Zusammen mit dem Geld aus regelmäßigen Benefizkonzerten ließen sich die Mehrkosten für die Pflege so aufbringen, hieß es. (dpa)